Gebäude-Allianz

Spardiktat gefährdet Energiewende

[22.11.2013] Die Gebäude-Allianz hat hinsichtlich der laufenden Koalitionsverhandlungen mehrere Forderungen an die künftige Bundesregierung gestellt. Investitionen im Wärmemarkt seien dringend notwendig.

Am 25. und 26. November sollen die abschließenden Koalitionsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD stattfinden. Die Gebäude-Allianz, der unter anderem der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Bundesindustrieverband Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH) und die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) angehören, fordert von den Verhandlungspartnern der Großen Koalition eine Gesamtstrategie für die energetische Gebäudemodernisierung, um das bislang ungenutzte Klimaschutzpotenzial umfassend auszuschöpfen. Die im bisherigen Entwurf für den Koalitionsvertrag vorgesehenen Finanzierungsinstrumente sind dafür aus Sicht der Gebäude-Allianz eine unverzichtbare aber noch nicht ausreichende Grundlage für die Energiewende im Wärmemarkt. Sie dürfen nicht dem Spardiktat der Abschlussverhandlungen zum Opfer fallen, so die Forderung. Dazu zählten insbesondere die geplante Aufstockung der KfW-Fördermittel, die Einführung von steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Sanierungsmaßnahmen sowie die geplante Fortentwicklung des Marktanreizprogramms für erneuerbare Energien.
„Ohne den Wärmesektor wird es keine Energiewende geben, weil hier fast ein Drittel der CO2-Emissionen entstehen und rund 40 Prozent der gesamten Energie in Deutschland verbraucht wird“, sagt NABU-Präsident Olaf Tschimpke. „Alle bislang auf dem Tisch liegenden Vorschläge stehen aber unter Finanzierungsvorbehalt.“ Darüber hinaus müsse der Koalitionsvertrag klarer benennen, wie die künftige Bundesregierung Information und Beratung, Fördern und Fordern stärker ausbauen und intelligent miteinander verknüpfen wollen, so der NABU-Präsident. Christian Noll, geschäftsführender Vorstand der DENEFF sieht dies ähnlich: „Die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen scheitert noch zu oft an Marktbarrieren, die durch die Vorschläge der Verhandlungspartner nicht ausreichend adressiert werden.“ Wichtig sei eine zuverlässige Unterstützung bei der Finanzierung, zielführende Informations- und Beratungsangebote und nachvollziehbare rechtliche Anforderungen, welche die Motivation von Haussanierern fördern, statt diese zu verwirren, so Noll.

(ma)

Zu den Forderungen und Vorschlägen der Gebäude-Allianz (PDF, 319 KB)

Stichwörter: Politik, BDH, DENEFF, Energetische Sanierung, Gebäude-Allianz, NABU, Wärme